



Presseschau vom 27.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Als Reaktion auf die Angriffe von ukrainischer Seite auf die Volksrepubliken im Donbass hat der russische Präsident Wladimir Putin eine Militäraktion angeordnet. Die Operation wurde inzwischen auch auf Teile der Ukraine, vor allem auf militärische Ziele, ausgeweitet. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen....

<https://kurz.rt.com/2tg9>

Aljona Fedina: Darum sind Sanktionen gegen Russland für USA und EU ein selbstverschuldetes Desaster – Experten

Wirtschaftsexperten liefern erste Einschätzungen dazu, wie sich die Sanktionen der USA und der EU gegen Russland, die wegen des Sondereinsatzes Moskaus zum Schutz der Donbass-Region am Donnerstag verhängt wurden, auf die Weltwirtschaft auswirken könnten. ...

<https://snanews.de/20220226/darum-sind-sanktionen-gegen-russland-5561225.html>

Kaspar Sachse: Wieder fällt die Ampel um: Ein russischer SWIFT-Ausschluss wird deutscher Wirtschaft massiv schaden

Viele, die die Ukraine kaum auf der Karte finden konnten, fordern nun einen russischen Ausschluss von SWIFT, einem Zahlungssystem, das sie weder kennen noch verstehen. Während sich Russland schon vorbereitet, wären die Konsequenzen vor allem für

Deutschland verheerend. ...

<https://kurz.rt.com/2uc6>

Wladimir Kornilow: Falschmeldungen zum Ukraine Konflikt als Lackmustest für russophobe Menschenfeindlichkeit

Die Flut an Fake News und absichtlichen Falschinterpretationen des Geschehens in der Ukraine ist bei aller Schädlichkeit auch nützlich: Sie zeigen die russophobe Menschenfeindlichkeit derer, die nun demonstrativ ihren Glauben an deren Authentizität bekunden. ...

<https://kurz.rt.com/2uao>

abends/nachts:

19:24 de.rt.com: Deutschland genehmigt Waffenlieferung an Ukraine

Die Bundesregierung hat den Niederlanden die Lieferung von 400 Panzerfäusten an die Ukraine genehmigt, wie die dpa am Samstag aus Regierungskreisen erfuhr. Bisher hatte die Bundesregierung den Export tödlicher Waffen an die Ukraine abgelehnt.

Wie die dpa am Samstag aus Regierungskreisen erfuhr, hat die Bundesregierung den Niederlanden die Lieferung von 400 Panzerabwehrwaffen aus deutscher Produktion an die Ukraine genehmigt. Bisher hatte die Bundesregierung sämtliche Exporte tödlicher Waffen an die Ukraine abgelehnt, da es sich um ein Krisengebiet handelt.

Die Ukraine fordert von Deutschland seit Monaten die Lieferung tödlicher Waffen und anderer Rüstungsgüter. Bisher hatte die Bundesregierung nur die Lieferung von 5.000 Helmen zugesagt, die am Samstag an die ukrainischen Streitkräfte übergeben wurden.

Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz wurde zudem die Ausfuhr von 14 gepanzerten Fahrzeugen für die Ukraine genehmigt. Diese sollen dem Personenschutz und gegebenenfalls auch Evakuierungszwecken dienen. Geplant ist, diese ukrainischen Dienststellen zu übergeben. Zudem sollen 10.000 Tonnen Treibstoff über Polen an die Ukraine geliefert werden. Derzeit prüfe man auch weitere Unterstützungsleistungen. Außenministerin Annalena Baerbock und Vizekanzler Robert Habeck (beide Bündnis 90/Die Grünen) erklärten:

"Nach dem schamlosen Angriff Russlands muss sich die Ukraine verteidigen können. Sie hat ein unabdingbares Recht auf Selbstverteidigung. Die Bundesregierung unterstützt daher die Ukraine auch bei der Ausstattung mit dringend benötigtem Material."

Später erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz zudem, dass man die Ukraine auch direkt mit Waffen unterstützen wolle:

"Der russische Überfall markiert eine Zeitenwende. Es ist unsere Pflicht, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen bei der Verteidigung gegen die Invasionsarmee von Putin. Deshalb liefern wir 1.000 Panzerabwehrwaffen und 500 Stinger-Raketen an unsere Freunde in der Ukraine."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621a604e48fbef725774581d.jpg>

21:47 (19:47) rusvesna.su: **Ein monströses Durcheinander: Die Nationalgardisten in Kiew verwundeten einen SBU-Offizier schwer und hielten ihn für einen Saboteur**

Alltag des Kiewer Volkssturms - Die Polizei nahm einen SBU-Beamten fest, den sie fälschlicherweise für einen Saboteur hielt.

Dies zeigt deutlich das Ausmaß des Chaos, das derzeit in der ukrainischen Hauptstadt herrscht.

Wir erinnern Sie daran, dass inzwischen 20.000 Kleinwaffen frei an Zivilisten ausgegeben wurden.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/sbu_83.jpg

20:35 snanews.de: **Bundesregierung bereitet Ausschluss Russlands vom Swift-System vor**

Nach Angaben mehrerer Bundesminister arbeitet Berlin daran, Russland in Reaktion auf die militärische Operation in der Ukraine vom internationalen Zahlungssystem Swift auszuschließen.

„Wir arbeiten daran, Russland so vom Swift-System abzukoppeln, dass Kollateralschäden möglichst klein bleiben“, erklärte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) am Samstag auf Twitter.

Ähnlich formulierten es Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck (beide Grüne) in einem vom Auswärtigen Amt auf Twitter verbreiteten Zitat.

„Gleichzeitig arbeiten wir mit Hochdruck daran, wie die Kollateralschäden einer Abkopplung von SWIFT so eingegrenzt werden können, dass sie die Richtigen trifft. Was wir brauchen, ist

eine gezielte und funktionale Einschränkung von SWIFT.“

Swift ist ein System zum Datenabgleich zwischen Banken bei internationalen Zahlungen. Ein Ausschluss Russlands gälte als sehr weitreichende Sanktion, weil damit russische Banken praktisch vom globalen Finanzsystem abgeschnitten würden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/09/4940832_0:100:3285:1948_1920x0_80_0_0_ea024f5a7da9081702a8ff3d571c5089.jpg

22:36 (20:36) rusvesna.su: **Einwohner von Donbass beobachten die Agonie der Ukraine - der bekannte Milizionär Alexander Shutschkowskij - über aktuelle Ereignisse**

Die Städte des Donbass sind in die Ära von 2014–15 zurückgekehrt: Die Straßen sind menschenleer, wenige Autos fahren mit hoher Geschwindigkeit, die Luft hat sich stark aufgefrischt (Fahrzeuge und Unternehmen haben aufgehört zu rauchen), etwas schießt und explodiert mit beneidenswerter Regelmäßigkeit, Unterbrechungen in der Wasserversorgung und im Mobilfunk.

Damals, vor sieben Jahren, war es „lustig und beängstigend“, vor uns lag das Unbekannte. Jetzt ist alles anders - kein Spaß, kein Grusel, und es gibt keine Unsicherheit mehr. Im Prinzip ist bereits alles bekannt und verständlich, die Einwohner von Donbass schauen einfach nur der Agonie der Ukraine zu und warten auf das Ende des Krieges.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/vs_dnr_2.jpg

22:39 de.rt.com: **Stellvertretende RT-Chefredakteurin: Zeit, die Wichtigkeit faktenbasierter Nachrichten zu erkennen**

RT steht schon seit einiger Zeit unter Druck. Doch Anna Belkina, stellvertretende

Chefredakteurin von RT, betonte nun, dass Forderungen, RT abzusetzen, nur zeigen, wie es um die Medienfreiheit in den entsprechenden Ländern bestellt ist.

RT steht schon seit geraumer Zeit unter Druck. Der europäische Satellitenfernsehbetreiber Eutelsat hat den deutschsprachigen RT-Sender RT DE kurz nach seinem Start im Dezember letzten Jahres auf den Druck der deutschen Landesmedienanstalt MABB hin vom Netz genommen. Anfang Februar bestätigte die oberste deutsche Medienaufsichtsbehörde das Verbot der Ausstrahlung von RT DE mit der Begründung, dass der Sender nicht über eine lokale Lizenz verfüge.

Der Sender hatte zuvor eine gültige europaweite Genehmigung in Serbien erhalten, die jedoch von den deutschen Aufsichtsbehörden für ungültig erklärt wurde. Als Reaktion auf die "unfreundlichen Maßnahmen" gegen RT DE kündigte Moskau an, den Betrieb des deutschen Staatssenders Deutsche Welle in Russland einzustellen. Der britische Premier Boris Johnson erklärte kürzlich, die britische Medienaufsichtsbehörde sei gebeten worden, die Sendelizenz des russischen Nachrichtensenders RT zu überprüfen. In Australien wurde die Ausstrahlung des Nachrichtensenders RT ausgesetzt.

Anna Belkina, stellvertretende Chefredakteurin von RT, erklärte nun diesbezüglich, dass Journalisten von RT unermüdlich daran arbeiten, einem Millionenpublikum in der ganzen Welt wertvolle Fakten und Nachrichten zu vermitteln.

"Wenn eine Organisation oder eine Regierung fordert oder erzwingt, dass RT abgesetzt wird, zeigt das nur, dass es in den Ländern, die sie vertreten, keine Medienfreiheit gibt."

Diesbezüglich müsse man sich nur die Vereinigung Europäischer Journalisten ansehen, die sich einerseits zum Verteidiger journalistischer Rechte deklariere, sich andererseits aber regelmäßig von diesem Grundprinzip abwende und die Unterdrückung von Nachrichten und Journalisten mittels politischen Drucks unterstütze.

"Wenn es jemals eine Zeit gab, die Wichtigkeit aller faktenbasierten Nachrichten zu erkennen, dann ist es jetzt."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621a85adb480cc335537c107.jpg>

23:03 (21:03) novorosinform.org: **Das Oberhaupt der LVR wandte sich an die Bewohner der befreiten Gebiete**

Leonid Pasetschnik versprach, die von den ukrainischen Invasoren zerstörten Wohnungen und Infrastrukturen bald wieder aufzubauen.

Der Staatschef der LPR, Leonid Pasetschnik, appellierte an die Bewohner der befreiten Gebiete der Republik, nicht der Panik und der ukrainischen Propaganda zu erliegen.

Ihm zufolge zerstören die bewaffneten Formationen der Ukrofaschisten, die sich in ohnmächtigem Hass zurückziehen, alles auf ihrem Weg: Sie eröffnen das Feuer auf

Wohngebäude, verminen das Gebiet und untergraben die zivile Infrastruktur.

„Ich appelliere an die Bewohner der befreiten Gebiete – geben Sie nicht der Panik und Nazi-Propaganda nach, wir helfen Ihnen, unterstützen Sie in dieser schweren Zeit!“, betonte der Imker.

Pasetschnik forderte die Führer der Territorien auf, das Ausmaß des von der ukrainischen Junta verursachten Schadens festzustellen und aufzuzeichnen.

„Mit gemeinsamer Anstrengung werden wir in naher Zukunft das Zerstörte wiederherstellen und unseren Mitbürgern normale Lebensbedingungen bieten“, fügte Pasetschnik hinzu.

22:33 snanews.de: **Selenski: Türkei sperrt Meerengen-Durchfahrt für russische Schiffe – Keine Bestätigung aus Ankara**

Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski hat die Türkei die Durchfahrt durch die Meerengen Bosphorus und Dardanellen für russische Kriegsschiffe gesperrt. Bisher gab es keine offizielle Bestätigung seitens Ankaras.

„Ich danke meinem Freund, Herrn Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und dem türkischen Volk für seine starke Unterstützung“, teilte Selenski am Samstag via Twitter mit. „Das Verbot der Durchfahrt von russischen Kriegsschiffen ins Schwarze Meer und die bedeutende militärische und humanitäre Unterstützung für die Ukraine sind heute äußerst wichtig.“

Die russische Botschaft in Ankara teilte darauf mit, dass die türkische Seite ihr bisher keine offizielle Mitteilung über die Sperrung der Meerenge für russische Kriegsschiffe habe zukommen lassen.

Zuvor hatte der ukrainische Botschafter in der Türkei, Wassili Bondar, erklärt, Kiew habe Ankara aufgefordert, die Meerenge für russische Schiffe zu schließen. Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu erklärte, die Türkei könne die Meerengen Bosphorus und Dardanellen für die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe sperren, aber die russische Seite habe das Recht, ihre Flotte zu ihrem Stützpunkt zurückzubringen.

Gemäß dem Meerengen-Abkommen von 1936 gewährt die Türkei sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten die freie Durchfahrt für Handelsschiffe durch die Meerenge, doch die Regelungen sind unterschiedlich. Das Dokument beschränkt den Aufenthalt von Kriegsschiffen, die nicht aus dem Schwarzen Meer stammen, auf einen Zeitraum von drei Wochen. In Notfällen hat die Türkei das Recht, die militärische Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen zu verbieten oder zu beschränken. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/13/5434645_0:0:3077:1731_1920x0_80_0_0_4922d652726522d97a9ff6b0e9d05f7e.jpg

23:12 snanews.de: **Verbündete einigen sich auf Ausschluss russischer Banken aus Swift**
Deutschland und westliche Verbündete haben einen Ausschluss russischer Finanzinstitute aus

dem Banken-Kommunikationsnetzwerk Swift beschlossen. Das teilte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Samstagabend in Berlin mit.

Betroffen seien alle russischen Banken, die bereits von der internationalen Gemeinschaft sanktioniert seien. Hinzukommen sollten, soweit erforderlich, weitere russische Banken. Damit sollten diese Institute von den internationalen Finanzströmen abgeklemmt werden, was ihr globales Agieren massiv einschränken werde.

Darüber hinaus legten die Länder nach Angaben der Bundesregierung fest, die Möglichkeiten der russischen Zentralbank weiter einzuschränken, mit internationalen Finanzgeschäften den Kurs des Rubel zu stützen. Die beschlossenen Sanktionen, richteten sich zusätzlich auch gegen Einzelpersonen und Einrichtungen in Russland und andernorts, die den Krieg gegen die Ukraine unterstützten.

Insbesondere die Möglichkeit wohlhabender Russen, sich und ihren Familienangehörigen einen sogenannten goldenen Pass und damit eine europäische Staatsbürgerschaft zu verschaffen, sollte beendet werden.

Außerdem solle eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der USA und der Europäischen Union eingesetzt werden, um die zügige Umsetzung der Sanktionen zu gewährleisten.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/19/5548344_0:87:3333:1961_1920x0_80_0_0_33b3cd1fb7a3d9d519e26e07a5089923.jpg

vormittags:

9:03 (7:03) deu.belta.by: **In Belarus findet Verfassungsreferendum statt**

In Belarus sind 5.510 Abstimmungslokale für das republikanische Referendum eingerichtet, darunter 217 in Sanatorien, Vorsorgezentren, Erholungsheimen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens, die medizinische Versorgung unter stationären Bedingungen anbieten, sowie 12 in Militärgarnisonen.

Die Abstimmungslokale sind heute von 8.00 bis 20.00 Uhr geöffnet.

Die Besitzer von Personalausweisen oder biometrischen Reisepässen können beim Referendum genauso abstimmen wie die Inhaber von normalen Pässen. Außerdem ist es möglich, einen Renten-, Behinderten-, Studenten- oder Beamtenausweis sowie eine von einer Behörde für innere Angelegenheiten ausgestellten Bescheinigung als Ersatz für einen verlorenen Pass oder Personalausweis vorzulegen.

Wohnt man an einem Ort und ist an einem anderen gemeldet, muss man seinen Wohnsitz in diesem Abstimmungskreis nachweisen. Es muss ein ordnungsgemäß registrierter Mietvertrag oder ein anderes Dokument vorgelegt werden, auf dessen Grundlage die Wahlkommission die Person in die Wahlliste aufnehmen kann. Er/sie muss jedoch von der Liste für die Stimmabgabe am Hauptwohnsitz gestrichen werden.

In Abstimmungslokalen sind alle Voraussetzungen geschaffen, um die vom Gesundheitsministerium im Rahmen des Kampfes gegen die Verbreitung von COVID-19

vorgeschriebenen sanitären Bedingungen zu erfüllen. Dazu gehören die Auswahl geeigneter Räumlichkeiten, die sowohl die Entfernung als auch die Trennung der Ströme der abstimmenden Bürger ermöglichen, sowie Belüftung, Reinigung, Desinfektion, Verfügbarkeit von Antiseptika und persönliche Schutzausrüstung im Wahllokal. Ähnlich wie bei den Präsidentschaftswahlen 2020 wurde beschlossen, die vorderen Vorhänge in den Wahlkabinen zu entfernen. Die an COVID-19 Kranken, die zu Hause behandelt werden, können ebenfalls problemlos an der Volksabstimmung teilnehmen. So muss man sich an seine Kommission wenden und eine Heimabstimmung beantragen.

Es gibt nur eine Frage für das Referendum: Akzeptieren Sie die Änderungen und Ergänzungen in der Verfassung der Republik Belarus?

Man muss eines der beiden Felder ankreuzen, also "Für" oder "Gegen". Ein beliebiges Zeichen in einem der Felder ist zulässig. Sollte es in beiden Feldern oder in keinem der Felder Zeichen geben, wird der Stimmzettel für ungültig erklärt.

Die Volksabstimmung ist allgemein, frei, gleich und geheim. Die Bürger unter 18 Jahre haben kein Recht abzustimmen. Jeder und jede gibt seine / ihre Stimme persönlich ab.

Die Volksabstimmung ist gültig, wenn mehr als die Hälfte der in die Abstimmungslisten eingetragenen Bürger und Bürgerinnen daran teilgenommen haben.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1645941906_59956_big.jpg

8:04 snanews.de/d.rt.com: **Moskau: 975 Militärobjekte der Ukraine außer Gefecht – Cherson und Berdjansk blockiert**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat am Sonntagmorgen die Zwischenbilanz der russischen Spezialoperation in der Ukraine gezogen.

Demnach haben die russischen Truppen bislang insgesamt 975 Objekte der Militärinfrastruktur der Ukraine außer Gefecht gesetzt. Außerdem seien 223 Panzer und gepanzerte Kampffahrzeuge, 28 Flugzeuge, 39 Mehrfachraketenwerfer, 86 Feldartilleriegeschütze sowie 143 militärische Spezialfahrzeuge zerstört worden.

Im Laufe des vergangenen Tages hätten russische Militärs die südukrainischen Städte Cherson und Berdjansk blockiert sowie die Volksmilizen der Republiken Lugansk und Donezk bei ihrer Übernahme neuer Ortschaften unterstützt.

Die Kapitulation ukrainischer Militärs setzt sich laut Konaschenkow fort:

„Gestern hat in der Region Charkow das 302. FlaRak-Regiment der ukrainischen Streitkräfte, das mit Luftverteidigungssystemen Buk M-1 ausgerüstet ist, freiwillig seine Waffen niedergelegt und kapituliert“, teilte er mit.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums gab weiter bekannt, dass ukrainische Nationalisten aus dem Bataillon Asow am Nachmittag des 26. Februar mit

Mehrfachraketenwerfern des Typs Grad Wohnviertel der Ortschaft Sartana bei Mariupol und die Schule Nummer 8 in der Stadt Mariupol angegriffen hätten. Es gebe Zerstörungen und Tote unter der Zivilbevölkerung. Die russische Armee greife keine Städte und Wohngebiete in der Ukraine an. Man tue alles Mögliche, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5563246_0:0:3383:1902_1920x0_80_0_0_0c20683d1c5c34e89dc782b7cecd2840.jpg

8:34 snanews.de: **Russische Delegation in Weißrussland zu Ukraine-Verhandlungen eingetroffen**

Die russische Delegation ist zu Gesprächen mit der Ukraine in Weißrussland eingetroffen, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gegenüber Reportern am Sonntag.

Ihm zufolge umfasst die Delegation Vertreter des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und anderer Abteilungen, einschließlich der Präsidialverwaltung. „Wir werden bereit sein, diese Verhandlungen in Gomel aufzunehmen“, so Peskow. Jetzt warte man auf die ukrainische Seite.

Das weißrussische Außenministerium stellte seinerseits fest, dass es alles Notwendige für das Treffen vorbereitet habe und sich nun mit Protokollfragen befasse.

Der ukrainische Präsident Selenski hat aber bislang Verhandlungen in Weißrussland abgelehnt. So sagte er am Sonntagmorgen, dass zum Ort der Verhandlungen Warschau, Budapest oder Istanbul werden können.

„Jetzt sagen wir – nicht Minsk. Andere Städte für ein Treffen können natürlich eine Plattform sein, wir wollen Frieden, wir wollen uns treffen, wir wollen ein Ende des Krieges. Warschau, Bratislava, Budapest, Istanbul, Baku – das alles haben wir der russischen Seite vorgeschlagen. Ja, und jede andere Stadt passt. In einem Land, von dessen Territorium keine Raketen fliegen. Nur so können Verhandlungen ehrlich sein und der Krieg wirklich beendet werden“, sagte Selenski in einer Ansprache auf seinem Telegram-Kanal.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5563358_0:214:3072:1942_1920x0_80_0_0_345661565496ea3387086a4f5dffe2fc.jpg

8:57 snanews.de: **Antwortmaßnahme: Moskau schränkt Flüge für Maschinen aus baltischen Ländern und Slowenien ein**

Russland hat als Reaktion auf die angekündigte Sperrung des Luftraums über Lettland, Litauen, Slowenien und Estland Einschränkungen für die Fluggesellschaften der genannten Länder verhängt.

„Im Zusammenhang mit den unfreundlichen Entscheidungen der Luftfahrtbehörden von Lettland, Litauen, Slowenien und Estland werden für die Luftbeförderer der genannten Staaten und/oder die darin registrierten Luftbeförderer Einschränkungen für Flüge zu Ortschaften auf russischem Territorium, darunter auch für Transitflüge durch den Luftraum Russlands, eingeführt“, teilt die russische Föderale Agentur für Luftverkehr (Rosaviazija) mit. „Diese Entscheidung wurde in Übereinstimmung mit den Völkerrechtsnormen als eine Antwortmaßnahme auf das Verbot aller zivilen Flüge der Luftfahrzeuge getroffen, die von russischen bzw. von in Russland registrierten Luftbeförderern auf den Territorien bzw. von den Territorien der genannten Staaten aus genutzt werden“, heißt es.

Zuvor hatten bereits Polen, Tschechien und Bulgarien ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt, Russland hatte mit einer entsprechenden Gegenmaßnahme reagiert. Am Samstag kündigten dann Estland, Lettland und Litauen an, keine russischen Flugzeuge mehr über ihre Länder fliegen lassen zu wollen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5563842_0:93:3311:1955_1920x0_80_0_0_98685b931dce409dcfcadd972bf60191.jpg

10:57 (8:57) deu.belta.by: **Wahlbeteiligung beim Verfassungsreferendum liegt um 10.00 Uhr bei 46,33%**

Die Wahlbeteiligung beim Referendum lag um 10.00 Uhr bei 46,33%, teilt Igor Karpenko mit, Vorsitzender der Zentralen Kommission für Wahlen und Volksabstimmungen.

"Wir können sagen, dass in zwei Regionen das Referendum bereits stattgefunden hat. Dies sind die Region Gomel mit 52,87 % und die Region Mogiljow mit 50,03 %. Die Region Witebsk liegt mit 47,68 % der Wählerstimmen an dritter Stelle, dann folgen Region Brest mit 46,71%, Region Grodno mit 45,44%, Region Minsk mit 46,20% und die Stadt Minsk mit 37,96%," sagt Igor Karpenko.

Der ZWK-Leiter betont, dass rund 45.000 nationale Beobachter in den Abstimmungslokalen tätig seien. Alle Abstimmungslokale arbeiten wie gewohnt. "Wir können davon ausgehen, dass der Hauptstrom der Wähler etwas später kommen wird, denn das waren die Daten zum Stand von 10.00 Uhr morgens", fügte Igor Karpenko hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1645948995_59961_big.jpg

11:02 (9:02) rusvesna.su: **Die russische Armee kommt nach Kiew**

Russische Truppen haben die Verteidigung von Kiew bei Gostomel durchbrochen und bewegen sich auf die Stadt zu, derzeit dringen sie in die [westlichen Außenbezirke](#) ein. Die Einheiten der russischen Armee wurden auch von den Bewohnern von [Butscha](#), einer kleinen Satellitenstadt von Kiew im Nordwesten, gemeldet.

Von Butscha nach Kiew sind es etwa 9 Kilometer.

Um den Vormarsch russischer Kolonnen nach Kiew zu stoppen, sprengten die Streitkräfte der Ukraine die Brücke zwischen Butscha und Irpin (beide Städte sind Vororte von Kiew).



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/armiya_rf_10.jpg

11:34 (9:34) deu.belta-by: **Lukaschenko bestätigt Information über Raketenabschuss von belarussischem Gebiet aus**

Alexander Lukaschenko hat bestätigt, dass vom belarussischen Territorium aus Raketen auf Stellungen in der Ukraine abgefeuert wurden, jedoch handelte es sich um erzwungene Handlungen. Das sagte der Staatschef vor Journalisten, nachdem er seine Stimme beim Verfassungsreferendum abgegeben hatte.

Wie der belarussische Staatschef sagte, wurden im ukrainischen Staatsgebiet einige Kilometer von der Grenze zu Belarus entfernt Raketendivisionen stationiert, die bereit waren, innerhalb von Minuten russische Stellungen anzugreifen.

"Um 11 Uhr (am Abend des 23. Februar), am Vorabend dieses Konflikts (es war bereits dunkel), wurden tatsächlich zwei oder drei Raketen aus dem Gebiet um Tschernobyl dorthin abgefeuert, wo die russischen Truppen übten", sagte Alexander Lukaschenko.

Laut belarussischem Staatschef wurden auf ukrainischer Seite 10-15 km von der Grenze zu Belarus entfernt einige stationierte Raketendivisionen entdeckt, sagte Alexander Lukaschenko. Nach Aufklärungsdaten hatte die ukrainische Seite laut

Geheimdienstinformationen für die nächsten Minuten einen Angriff auf das belarussische Territorium vorbereitet, wo ein Teil der russischen Truppen nach der Übung verblieben war.

"Ich habe keinen Befehl zum Abschuss von Raketen gegeben. Ich sagte: ‚Ja, Leute, das können wir sehen.‘ Daraufhin feuerten die Russen zwei oder drei Raketen auf diese Stellungen. Danach waren diese Stellungen weg. Aber wessen Schuld ist das? Wozu hat man diesen Krieg entfesselt?" fragte Alexander Lukaschenko.

10:07 snanews.de: **Öldepot in Donbass explodiert – ukrainischer Raketenangriff womöglich schuld**

In der Donbass-Stadt Rowenky ist in der Nacht zum Sonntag ein Öldepot explodiert. Nach Angaben der Volksmiliz der Republik Lugansk auf Telegram wurde die Explosion durch einen Raketenangriff der ukrainischen Streitkräfte verursacht.

„Am 26. Februar haben ukrainische Kriegsverbrecher einen Raketenangriff auf ein Öllager in der Stadt Rowenky verübt“, so die Volksmilizvertreter.

Zwei Explosionen erschütterten in kurzen Abständen in der Nacht zuvor das Öldepot in Rowenky. Ein Brand brach aus – mindestens 200 Tonnen Dieselmotorkraftstoff fingen Feuer.

Berichten zufolge gab es Verletzte, deren Anzahl und Zustand derzeit noch geklärt werden.

„Die bewaffneten Gruppierungen der ukrainischen Faschisten, die die Aussichtslosigkeit ihres Widerstands erkennen, ziehen sich in hilflosem Hass zurück und zerstören alles, was ihnen im Weg steht: Wohnhäuser, Gebäude und Einrichtungen, zivile Infrastruktur. Das kriminelle Regime hat sein wahres Gesicht gezeigt.“

In den letzten Wochen war die Situation im Donbass eskaliert. Kiew hatte einen großen Teil seiner Armee an der Kontaktlinie konzentriert und den Beschuss der Republiken Donezk und Lugansk intensiviert, wobei es die durch die Minsker Vereinbarungen verbotene Ausrüstung einsetzte. Angesichts der drohenden Invasion durch die Ukraine begann man die Evakuierung von Frauen, Kindern und älteren Menschen in russische Regionen. In den Republiken wurde eine allgemeine Mobilmachung erklärt. Am 19. Februar baten sie Russland, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen.

Am Donnerstag hatte der russische Präsident Wladimir Putin eine militärische Operation im Donbass angekündigt. Er versicherte, dass Moskaus Pläne nicht die Besetzung der Ukraine beinhalten würden, sondern nur ihre Entmilitarisierung und Entnazifizierung.

Der Staatschef erklärte, die Operation diene dem Schutz der Einwohner der Republiken Donezk und Lugansk, die seit acht Jahren einem Völkermord ausgesetzt seien.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1b/5564504_0:0:1272:716_1920x0_80_0_0_13af54b1b080a22cad854fa73a6a0850.png

11:27 (9:27) armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage um 10:30 am 27.2.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter **zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **36-mal** das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik unter Einsatz Mehrfachraketenwerfern, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern eröffnet und 1715 Geschosse abgefeuert. Unter Beschuss gerieten **17 Ortschaften** der Republik.

Durch Luftabwehrmittel der Volksmiliz der DVR wurden **fünf taktische Raketenkomplexe „Totschka-U“ vernichtet, deren Überreste in Wohngebiete von Ilowajsk, Amwrowsiewka und Donezk fielen.**

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es **Opfer unter der Zivilbevölkerung.**

ein Zivilist starb, vier wurden verletzt, darunter ein Kind, geb. 2006. Es wurden 36 Wohnhäuser, 8 Objekte der zivilen Infrastruktur und 7 Fahrzeuge beschädigt. Mehr als 1300 Verbraucher in Sachanka und Besymennoje haben kein Gas. Mehr als 5500 Verbrauchern haben keinen Strom.

Die Materialien zu Verletzung und Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.

Von unserer Aufklärung wurde bekannt, dass der Gegner eine Abteilung mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf Kramatorsk nach Artjomowsk verlegt hat.

Die ukrainische Armee verkriecht sich weiter in Wohngebieten von Städten und versteckt sich hinter der Zivilbevölkerung. So haben die ukrainischen Streitkräfte gestern im Zentrum der Stadt Kramatorsk in der Uliza Zentralnaja fünf Raketenkomplexe „S-300“ stationiert.

Die Volksmiliz der DVR geht weiter siegreich vor und befreit das Territorium im Oblast Donezk von den ukrainischen Besatzern. **Unter Kontrolle der Einheiten der Volksmiliz der Republik sind die Ortschaften Dmitrowka, Swobodnoje, Donskoje und Anadol übergegangen.** Unsere Einheiten sind in die Ortschaften Kamenka und Wolnowacha eingedrungen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine, die die Ausweglosigkeit ihres Widerstands erkennen zerstören auf ihrem Weg Wohnhäuser, Gebäude und Einrichtungen sowie Objekte der zivilen Infrastruktur.

Außerdem sind die Führungen einer Reihe von EU-Staaten und der USA in einer

Vergrößerung der Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung der Ukraine interessiert. Dazu wird die Ukraine folgerichtig mit tödlichen Waffen vollgepumpt. Dies zeigt, dass die USA und die Länder der EU keine möglichst schnelle Stabilisierung der Lage und Frieden wollen, sondern das ukrainische Volk für sie ein Tauschobjekt bleibt.

Wir wenden uns an die ukrainischen Soldaten! Bleiben sie Menschen! Sie können noch ihr Leben retten und zu Ihren Familien zurückkehren, wenn sie freiwillig von der Ausführung der verbrecherischen Befehle Ihrer Kommandeure und der Beteiligung an Kampfhandlungen Abstand nehmen.

Uns ist das Leben aller Bürger, die in der Ukraine leben, wertvoll.

11:31 (9:31) rusvesna.su: Lukaschenko: Kiew drängt uns zu einer Operation zum Schutz der Weißrussen

Die Ukraine scheint Weißrussland zu einer Sonderoperation zum Schutz seiner Bürger zu drängen, sagte Präsident Lukaschenko heute vor der Presse.

Er erklärte, dass Weißrussen und Russen auf dem Territorium der Ukraine gefangen und misshandelt werden.

Der belarussische Präsident bemerkte warnend, dass Kiew "bisher niemand bombardiert hat". Er sagte, wenn die ukrainischen Behörden nicht „die Staatlichkeit und ihr Volk verlieren“ wollten, sollten sie sich an den Verhandlungstisch setzen.

Wie Russkaja Wesna berichtete, ist die russische Delegation heute Morgen in Gomel angekommen, aber Selenskij erklärte, er sei nicht bereit, in Weißrussland zu verhandeln, er schlug eine Reihe anderer Städte als Alternative vor.

Darüber hinaus erklärte Präsident Lukaschenko, dass Russland von seinen Plänen für die Ukraine nicht abrücken werde.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/lukashenko_44.jpg

11:50 (9:50) rusvesna.su: Zur Hymne der UdSSR gehen Menschen in Mailand zur Unterstützung Russlands auf die Straße

In diesem Moment findet in Mailand, Italien, eine Kundgebung zur Unterstützung Russlands und seiner laufenden Operation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine statt. Sie wurde von den Kommunisten Neapels organisiert, und eine Kolonne mit Plakaten "Nein zum imperialistischen Krieg, nein zur Teilnahme Italiens am NATO-Krieg" läuft zur Hymne der UdSSR durch die Straßen der Stadt.

Die Menschen tragen die Flaggen von Novorossija und der Kommunistischen Partei Italiens.



https://cdn4.telesco.pe/file/v8n7wK6_62RrLo3RBxSMjFKRGtZPsMjB-dFw9n9rD0NRoLNsPerFxAfD17vzVpNDRxdk8swOUZjtpeQdn82YFTcUF_l8TEstDNqt1u4s83DswymRzb2Kz6jcIJvbYMSQYUqbrGpKQe2RJ0mVwe2cW27lyRaksxaLKjAdXQZYJ6qFenqUH6Op7D5TshF1e33jHsxMEWC4WMj37wM8A1SKdMyqKxAnRILSMpO0H62CbTiHfJbJ6Z4-Kp9sUcOO5UFNakVLnaPWHmd-dTDw2CWHb6C8rww_0obT3DUHsvv2WTI-KNkF4J9cC3N5bGiV2r4LqfQMfe7hd2M5PsPzxHm-g.jpg

12:15 (10:15) novorosinform.org: **Selenskij wurde eine Frist gesetzt, um eine Entscheidung über die Verhandlungen zu treffen**

Die russische Delegation wartet bis 15:00 Uhr belarussischer Zeit (13:00 MEZ) auf eine endgültige Antwort der Ukraine zu den Gesprächen in Gomel.

Der Leiter der russischen Delegation bei möglichen Verhandlungen mit der ukrainischen Seite, der Berater des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Medinski, sagte, der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, habe nur begrenzt Zeit, um eine Entscheidung über die Teilnahme an den Verhandlungen zu treffen.

Er erinnerte daran, dass Russland die Sicherheit der ukrainischen Delegation bei möglichen Gesprächen in Gomel garantiert habe.

Zuvor sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow, dass eine Gruppe von Verhandlungsführern aus Russland bereits in Belarus eingetroffen sei und dort auf die Ukrainer warte. Zudem hatte Selenskij selbst um eine Verhandlungsplattform in Gomel gebeten.

Der ukrainische Präsident weigerte sich jedoch, nach Weißrussland zu fahren, und sagte, dass er andere Städte bevorzuge. Laut dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko wurde die Entscheidung, die Verhandlungen mit der Russischen Föderation in Gomel abzulehnen, nicht von Selenskij getroffen, er habe sie nur verkündet.

10:31 snanews.de: **SWIFT ist bereit zu Umsetzung des Ausschlusses russischer Banken – Medienbericht**

Angesichts der Entscheidung westlicher Staaten, russische Finanzinstitute aus dem Banken-Kommunikationsnetzwerk SWIFT auszuschließen, hat SWIFT mitgeteilt, sich auf eine Umsetzung der Maßnahmen vorzubereiten.

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete am Samstag von einer ihr vorliegenden Mitteilung des internationalen Zahlungssystems.

„Wir arbeiten mit den europäischen Behörden zusammen, um die Details der Unternehmen zu verstehen, die den neuen Maßnahmen unterliegen werden, und wir bereiten uns darauf vor, rechtliche Anweisungen zu befolgen“, so SWIFT.

Am Samstag wurde bekannt, dass die Bundesregierung und westliche Verbündete wegen der russischen Militäroperation in der Ukraine einen Ausschluss russischer Finanzinstitute aus dem internationalen Zahlungssystem für Interbank-Zahlungen und die Übermittlung von Finanzinformationen (SWIFT) beschlossen haben.

Zuvor kritisierten mehrere deutsche Politiker das Vorhaben. Schärfere Sanktionen könnten negative Folgen für die europäische Wirtschaft haben, begründeten sie. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/19/5548344_0:87:3333:1961_1920x0_80_0_0_33b3cd1fb7a3d9d519e26e07a5089923.jpg

12:44 (10:44) deu.belta.by: **Lukaschenko: Belarus führt keinen Krieg von seinem Territorium aus**

Belarus führt keinen Krieg von seinem Territorium aus. Das sagte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute vor Journalisten in einem der Minsker Wahllokale, wo er an der Abstimmung zum Verfassungsreferendum teilnahm.

„Wir führen keinen Krieg gegen sie. Das haben wir nicht nötig. Das war früher so, das ist heute so. Von unserem Territorium fliegen keine Raketen in die Ukraine“, erklärte er. „Kiew ist umzingelt, andere Städte sind umzingelt. Die Russen haben einige Städte besetzt. Warum sollen wir Raketen auf 200 bis 400 km Entfernung abfeuern? Das wäre Wahnsinn.“

„Das sind Lügen. Niemand führt aus Belarus den Krieg gegen die Ukraine. Ob wir den Russen helfen? Selbstverständlich tun wir das. Es gibt Tote, Verwundete... Wenn Schwerverwundete zu uns gebracht werden, heilen wir sie. Was ist schlimm daran? Wir werden sie heilen, unterstützen.“

Alexander Lukaschenko riet dem ukrainischen Präsidenten, in dieser Lage nicht an das belarussische Volk zu appellieren, sondern eine richtige Entscheidung für sein Volk zu treffen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1645955205_59966_big.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Die Volksmiliz der LVR befreit weiter von Kiew besetztes Territorium. Am 27. Februar haben die Einheiten der Volksmiliz Nowoachtyrka und Smojaninowo von den bewaffneten Formationen der Ukraine befreit.

11:03 snanews.de: **Volkswehrkommandeur: Volksmilizen befreien Ukraine von Nazis**

Im Zuge der jetzigen Operationen wird die Ukraine nicht erobert, sondern befreit, sagte der Volkswehrkommandeur der Donezker Volksrepublik, DVR-Held Achra Awidsba, in einem Interview mit SNA.

„Wir beabsichtigen nicht, die Ukraine zu erobern. Wir wollen sie befreien“, sagte Awidsba. Er hatte von 2014 bis 2018 am Kampf der Donezker Volksmiliz gegen das Regime von Kiew teilgenommen und schloss sich wieder der Volkswehr an.

Als „unsere Großväter Deutschland und ganz Europa befreiten“, hätten sie nicht gegen die Deutschen, sondern gegen den Faschismus gekämpft, betonte Awidsba.

„Wir sind da, um zu befreien. Heute flößen wir das unseren Kameraden ein. Die Ukraine ist uns nicht fremd“, sagte der Volkswehrkommandeur.

Russland hat am Donnerstagmorgen die Spezialoperation zur Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine gestartet. In seiner Fernsehansprache an die Bürger sagte der russische Präsident Wladimir Putin am selben Tag: „Die Umstände verlangen von uns entschlossenes und sofortiges Handeln; die Volksrepubliken des Donbass haben uns um Hilfe ersucht.“

Putin betonte, dass das regierende Regime der Ukraine für das Blutvergießen verantwortlich sein werde.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1b/5565332_0:162:3067:1887_1920x0_80_0_0_b8624890d76cc58e54c99b76ce964488.jpg

11:18 de.rt.com: **Deutscher Luftraum ab 15:00 Uhr für russische Flüge gesperrt**

Die Bundesregierung sperrt ab Sonntagnachmittag den deutschen Luftraum für alle russischen Flüge. Das erklärte das Verkehrsministerium. Zuvor hatten bereits andere EU-Staaten ihren Luftraum für Flüge russischer Gesellschaften gesperrt.

Der deutsche Luftraum ist ab Sonntag 15:00 Uhr für alle russischen Flüge gesperrt. Das erklärte nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Wie die Nachrichtenagentur dpa unter Berufung auf das Verkehrsministerium meldet, gilt die Sperre zunächst für drei Monate.

Zuvor hatten bereits andere EU-Staaten wie Rumänien, Polen, Tschechien und Bulgarien ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt. Russland antwortete mit der Sperrung seines Luftraums für Flugzeuge aus diesen Staaten.

Die Lufthansa verkündete bereits am Sonnabend, vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges nicht mehr nach oder über Russland zu fliegen. Aufgrund "der aktuellen und sich abzeichnenden regulatorischen Situation" gelte dies für sieben Tage, so der Konzern.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621b5386b480cc3fec39346e.jpg>

13:37 (11:37) novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine stationierten fünf S-300-Raketensysteme im Zentrum von Kramatorsk**

Die Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Wohngebieten der Stadt wurde im Hauptquartier der Territorialverteidigung der DVR gemeldet.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die bewaffneten Formationen der Ukraine weiterhin in

den Wohngebieten der ukrainischen Städte aufhalten und sich hinter der Zivilbevölkerung verstecken.

„Im Zentrum der Stadt Kramatorsk, in der Zentralnaja-Straße, gibt es fünf S-300-Raketensysteme“, heißt es in dem Bericht.

Die Behörde stellte fest, dass fünf Totschka-U-Raketen, die die Streitkräfte der Ukraine beim Beschuss des Territoriums der Republik einsetzen, durch die Luftverteidigung der Volksmiliz der DVR zerstört wurden. Sie erinnerte auch daran, dass die ukrainische Armee Mehrfachraketenwerfer, 152- und 122-mm-Rohrartillerie sowie 120- und 82-mm-Mörser gegen 17 Siedlungen der DVR eingesetzt habe.

Erst gestern war der Kiewer Bezirk Donezk und heute Morgen Gorlowka massivem Beschuss mit ‚Grads‘ ausgesetzt.

de.rt.com: **Scholz verspricht Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr angekündigt. Vor dem Hintergrund der russischen Operation in der Ukraine brauche die deutsche Armee "neue, starke Fähigkeiten".

Die deutsche Bundeswehr wird ein "Sondervermögen" von 100 Milliarden Euro für Investitionen und Rüstungsvorhaben aus dem Bundeshaushalt erhalten. Das erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz am Sonntag vor dem Bundestag. Der SPD-Politiker kündigte außerdem an, Deutschland werde "von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren".

Die Bundeswehr brauche angesichts der Zeitenwende durch den russischen "Angriff" auf die Ukraine "neue, starke Fähigkeiten", sagte Scholz. Maßstab müsse sein, dass alles getan werde, was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht werde. "Klar ist: Wir müssen deutlich mehr investieren in die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen", so der Bundeskanzler. Das Ziel sei eine "leistungsfähige, hochmoderne und fortschrittliche Bundeswehr". Die Abgeordneten reagierten auf diese Ankündigung mit stehenden Ovationen.

Scholz kündigte darüber hinaus den Bau von zwei Terminals für Flüssigerdgas (LNG) in Deutschland an, um damit die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verringern. Als Standorte nannte der Kanzler Brunsbüttel und Wilhelmshaven. Sowohl die Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben als auch der Kauf von US-amerikanischem Frackinggas sind seit Längerem Forderungen des NATO-Hegemons USA.

In der Debatte hatte der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour Russland zuvor Kriegsverbrechen in der Ukraine vorgeworfen. Dazu zählte er den Einsatz von Streumunition, Angriffe auf Gas-Pipelines und Öldeponien sowie auf nukleare Abfallanlagen. Russlands Präsident Wladimir Putin versuche, mit seinen Truppen in der Ukraine mutwillig "eine ökologische Katastrophe" herbeizuführen. Das sei "eine Ansammlung von Kriegsverbrechen", so der Grünen-Chef. Seine eigene Partei charakterisierte Nouripour als "Friedenspartei": "Denn wir sind eine Partei des Völkerrechts und wir sind die Friedenspartei in Deutschland." Dennoch habe man für die Lieferung von Waffensystemen an die Ukraine gestimmt, weil die Partei zum "Recht auf Selbstverteidigung für die Ukraine" stehe. Bei einem Gespräch der Bundesspitze der Partei mit Europaparlamentariern der Grünen und Vertretern aus den Ländern habe es "Zustimmung für den Kurs der Bundesregierung" gegeben. Der Grüne weiter:

"Wir sehen, dass wir gerade erst am Anfang stehen einer massiven kriegesischen Auseinandersetzung mit offenem Ende. Alle Lebensbereiche werden davon betroffen sein."



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621b5daf48fbef62676a03a1.jpg>

11:40 snanews.de: **Pressesprecher Peskow: Gomel als Verhandlungsort von Ukraine ausgewählt**

Die Ukraine hat die weißrussische Stadt Gomel als Ort für die Verhandlungen mit Russland ausgewählt. Das teilte der Kreml-Pressesprecher, Dmitri Peskow, lokalen Medien am Sonntag mit.

Somit dementierte Peskow die Worte des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski, der zuvor am Tag gesagt hatte, Kiew sei nicht zu Verhandlungen in Belarus bereit, und stattdessen Städte wie Warschau und Budapest vorgeschlagen hatte.

„Die Stadt Gomel wurde von der ukrainischen Seite – eben von der ukrainischen Seite – als Verhandlungsort ausgewählt“, sagte Peskow. „Wie wir bereits gesagt haben, ist die russische Delegation zu diesen Verhandlungen an Ort und Stelle bereit.“

Laut Peskow wurde die ukrainische Seite davor gewarnt, dass die im Rahmen der Militäroperation vorgesehenen Aktivitäten dieses Mal nicht ausgesetzt werden, wie es am Samstag der Fall gewesen war. Darüber habe man die ukrainische Seite am Vortag informiert.

...



<https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5565555 0:6:3230:1823 1920x0 80 0 0 d4cfa2e5405ac5883c1fc267a53ff6ea.jpg>

nachmittags:

12:25 snanews.de: **Russische Delegation wartet bis 13 Uhr auf Kiews Entscheidung zum**

Treffen in Gomel

Die russischen Vertreter werden auf die Antwort der Ukraine bezüglich des Treffens in Gomel bis 15.00 Uhr Ortszeit (13 Uhr MEZ) warten. Das teilte der Leiter der Delegation, Präsidentenberater Wladimir Medinski, lokalen Medien am Sonntag mit.

„Wir schlagen ruhig Folgendes vor: Es ist jetzt Mittag. Wir werden bis 15.00 Uhr hier bleiben und auf die Antwort der ukrainischen Seite warten, die ihre eigene Entscheidung, zu den Gesprächen nach Gomel zu kommen, bestätigt“, sagte der Delegationsleiter.

„Sobald wir diese Bestätigung erhalten, werden wir uns sofort dorthin begeben und unsere Verhandlungskollegen treffen. Wir sind für den Frieden. Sollten sie sich weigern zu verhandeln, wird die ukrainische Seite die ganze Verantwortung für das Blutvergießen tragen. Aber wir sind bis 15.00 Uhr hier und warten auf die Antwort der ukrainischen Seite.“

Mitglieder der Delegation sind neben Medinski Spitzenbeamte aus dem russischen Verteidigungsministerium sowie dem Außenministerium, der russische Botschafter in Belarus, Boris Gryslow, und der Vorsitzende des internationalen Ausschusses der Staatsduma, Leonid Slutski.

Die russische Delegation traf heute Morgen zu den Gesprächen in Gomel ein. Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, hatte zuvor erklärt, diese Stadt sei von der ukrainischen Seite selbst ausgewählt worden. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5566171_0:181:2997:1867_1920x0_80_0_0_5ec9bd3fddce122c3cea778e3e4339db.jpg

13:04 snanews.de: Unrühmlicher Rückzug aus Republik Lugansk: Ukrainische Truppen zerstören alles auf ihrem Weg

Die ukrainischen Truppen zerstören nach Angaben der Volksmiliz Lugansk bei ihrem Rückzug aus Ortschaften der Volksrepublik Lugansk alles auf ihrem Weg. Sie beschießen Wohnhäuser und verlegten Minen, teilte der Lugansker Republikchef Leonid Passetschnik gegenüber dem russischen Fernsehen mit.

„Die bewaffneten Formationen von ukrainischen Faschisten sind sich der Vergeblichkeit ihres Widerstands bewusst und zerstören bei ihrem Rückzug in ohnmächtiger Wut alles in ihrem Weg: Sie eröffnen das Feuer gegen Wohnhäuser, verminen die Gegend und sprengen zivile Infrastruktureobjekte in die Luft. Das verbrecherische Regime hat sein wahres Geicht gezeigt“, sagte Passetschnik in einer Sendung des „Ersten Kanals“. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1b/5566925_0:85:3341:1964_1920x0_80_0_0_a614c1a4fcbe5f25fd6ba7dd104d9d42.jpg

13:37 snnews.de: **Ukraine stimmt Verhandlungen in weißrussischem Gebiet Gomel zu**

Die Ukraine hat die Durchführung von Verhandlungen im weißrussischen Gebiet Gomel vereinbart, teilte der Leiter der russischen Delegation Wladimir Medinski am Sonntagnachmittag mit.

„Wir wollten gerade gehen, aber dann erhielten wir von der ukrainischen Seite eine Bestätigung der Verhandlungen“, sagte er gegenüber Reportern.

Die russische Delegation sei derzeit nach dem vereinbarten Ort unterwegs. Die Gespräche sollen an der weißrussisch-ukrainischen Grenze stattfinden.

Medinski erklärte, Russland sei jederzeit bereit, mit der Ukraine zu verhandeln, um Frieden zu erzielen.

13:46 de.rt.com: **Kuba macht USA und NATO für Entwicklung in Ukraine verantwortlich**

Kuba hält Russlands Befürchtungen in Bezug auf die NATO-Osterweiterung für gerechtfertigt. Die Regierung in Havanna macht die USA und die NATO für die Entwicklung in der Ukraine verantwortlich. Gleichzeitig tritt Kuba für eine diplomatische Lösung der Krise ein.

Die kubanische Regierung hat sich am Samstag über die Situation in der Ukraine geäußert. Dabei verurteilte Havanna die Rolle der USA und der NATO in der Entwicklung der Situation in Europa. In der entsprechenden Erklärung hieß es:

"Das Streben der USA nach einer fortschreitenden Expansion der NATO bis an die Grenzen der Russischen Föderation führte zu einem Szenario mit unvorhersagbaren Auswirkungen, das vermeidbar war."

Kuba erklärte, es sei unmöglich, die aktuelle Situation in der Ukraine genau und ehrlich zu analysieren, ohne die gerechtfertigten Forderungen Russlands an die USA und die NATO zu berücksichtigen. Das Land rief dazu auf, die Faktoren in Betracht zu ziehen, die zur Gewaltanwendung und zur Missachtung von Grundsätzen des Völkerrechts geführt hätten.

Kuba bezeichnete es als Fehler, die Sicherheitsforderungen Moskaus zu ignorieren und zu glauben, dass Russland "angesichts einer direkten Bedrohung für seine nationale Sicherheit wehrlos bleiben würde". Es sei unmöglich, den Frieden zu erzielen, wobei man andere Staaten einkreise:

"Russland hat das Recht, sich zu verteidigen."

Die kubanische Regierung warf den USA vor, nach zweierlei Maß zu messen. Sie verwies auf den Jugoslawien-Krieg mit vielen Todesopfern, bei dem die USA und die NATO im Jahr 1999 dieses europäische Land angegriffen und es zerteilt hätten, um ihre geopolitischen Ziele zu

erreichen.

"Die USA und einige Verbündete wendeten mehrmals Gewalt an. Sie fielen in souveräne Staaten ein, um Regimewechsel zu bewirken, und mischen sich in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen ein, die sich nicht den US-Herrschaftsinteressen fügen und ihre eigene Unabhängigkeit und territoriale Integrität verteidigen."

Die Geschichte werde die US-Regierung zur Verantwortung ziehen – für die Folgen einer offensiven Militärdoktrin außerhalb der NATO-Grenzen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Welt bedrohe, hieß es. Kuba zeigte sich besorgt über den Beschluss der NATO, erstmals in der Geschichte ihre Verteidigungspläne zu aktivieren.

Gleichzeitig plädierte Kuba für eine diplomatische Lösung der Krise. Man bedauere zutiefst die zivilen Todesopfer in der Ukraine. In Bezug auf den Resolutionsentwurf, den Russland am Freitag im UN-Sicherheitsrat blockiert hatte, erklärte Kuba, dass dieses Dokument keinen realen Beitrag zur Suche nach möglichen Krisenlösungen dargestellt habe. Das Papier sei unausgewogen gewesen und habe nicht die legitimen Besorgnisse aller involvierten Parteien berücksichtigt. Gleichzeitig habe der Resolutionsentwurf die Verantwortung derjenigen außer Acht gelassen, die mit ihren aggressiven Handlungen die Eskalation dieses Konfliktes ermöglicht hätten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621b3e0bb480cc1f1f47014d.jpg>

15:50 (13:50) rusvesna.su: **Die Ukraine reist nach Gomel, um mit Russland zu sprechen**

Nachdem die für Verhandlungen zwischen der russischen Delegation und Vertretern der Ukraine in Gomel vorgesehene Zeit heute abgelaufen war, verließen die Russen Belarus nicht – im Gegenteil, Selenskij erhielt eine weitere Gelegenheit.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko rief Selenskij an, und nach diesem Anruf rief er erneut Wladimir Putin an und bat den russischen Führer, der russischen Delegation zu gestatten, zu verweilen, um auf die Ukrainer zu warten, die schließlich zur ukrainisch-weißrussischen Grenze abreisten.

Wladimir Putin unterstützte den Vorschlag seines belarussischen Amtskollegen. Die Gespräche sind in der Region Gomel an der belarussisch-ukrainischen Grenze geplant. Details werden später bekanntgegeben.

Der Leiter der russischen Delegation, Wladimir Medinskij, sagte, Moskau sei bereit, zu jeder Tageszeit mit Kiew zu verhandeln, um Frieden zu erreichen.

14:00 snanews.de: **Roskosmos-Chef enthüllt Pläne Kiews: Raketen für Angriffe auf Russland bauen**

Kiew hat zum Ziel, ballistische Raketenkomplexe zu bauen, die Schläge gegen Russland

führen könnten – die Ukraine hat ein Potenzial dafür, sagte der Chef der russischen Staatskorporation Roskosmos, Dmitri Rogosin, in einer Live-Sendung des YouTube-Kanals „Solowjow Live“ am Samstag.

„Sie (in der Ukraine – Anm. d. Red.) verfügen über legendäre Betriebe in Dnepropetrowsk – das Konstruktionsbüro Juschnoje und das Maschinenbauwerk Juschmash. Dort gibt es ein Riesenpotenzial. Sie haben jetzt zum Ziel, eigene ballistische Komplexe zu bauen, die durchaus fähig wären, Schläge gegen unser Territorium zu führen“, sagte Rogosin. Für ein beliebiges Konstrukteursteam wäre es im Großen und Ganzen kein großes Problem, die Reichweite des in der Ukraine bereits eingesetzten Komplexes „Grom“ zu vergrößern, so Rogosin.

„Das ist im Grunde genommen eine reale Bedrohung gegen Russland bis hin zum Ural“, resümierte der Roskosmos-Chef. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/2390983_0:176:3019:1874_1920x0_80_0_0_797a65db458697edd8c938fb243814f9.jpg

14:00 snnews.de: **SPD-Fraktionschef verteidigt Waffenlieferung an die Ukraine und fordert Verstärkung der Bundeswehr**

Angesichts der Eskalation des Ukraine-Konflikts hat sich der SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich am Sonntag für die Verstärkung der Bundeswehr ausgesprochen und die versprochene Lieferung deutscher Kriegswaffen an die Ukraine verteidigt.

Die Deutsche Presse-Agentur berichtete von den Aussagen des SPD-Fraktionschefs bei einer Sondersitzung des Bundestags zum Ukraine-Konflikt.

„Der russische Präsident hat einen Angriffskrieg befohlen. Wir wollen, dass sich die Ukraine verteidigen kann. Und deswegen ist das in diesem Moment eine richtige Entscheidung gewesen“, argumentierte er die Rüstungsexporte an das osteuropäische Land.

Er hoffe, dass die Waffenlieferungen „relativ schnell“ ablaufen und einen Beitrag zur „Verteidigung“ der Ukraine bringen werden.

„Die ukrainischen Streitkräfte wehren sich gegen diesen Überfall, aber offensichtlich auch viele Freiwillige“, so Mützenich.

Ferner sprach sich der SPD-Fraktionschef für eine Verstärkung der Bundeswehr aus.

„Ich bin für eine eben auch letztlich weitere Verstärkung der Bundeswehr, in einer Situation, wo mehr und mehr die Bündnisverteidigung in den Vordergrund unserer Sicherheitspolitik rückt“, begründete Mützenich die Notwendigkeit seiner Forderungen.

Die Bundeswehr müsse für ihre Aufträge die nötige Ausrüstung haben. Es würde jedoch nicht ausreichen, mehr Geld in die Verteidigung zu investieren.

„Wir können nicht einfach so tun, als ob es nur eine Frage von Etatansätzen ist“, so der Politiker.

Der Verteidigungsetat sei immer wieder erhöht worden. Mützenich sprach sich für eine verbesserte Zusammenarbeit mit europäischen Partnern und innerhalb der Nato aus. Die EU-Mitgliedsstaaten allein gäben 200 Milliarden Euro für Rüstung aus. Somit sei es wichtig, Verbesserungen im Beschaffungswesen vorzunehmen.

Mehrere Länder haben angesichts der Eskalation des Ukraine-Konflikts Waffenlieferungen an das Land zugestimmt, am Samstag auch die Bundesregierung. Es sollen 1000 Panzerfäuste und 500 „Stinger“-Raketen zugestellt werden.

Noch am Freitag hatte die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mitgeteilt, dass die Entscheidung der Bundesregierung, keine Waffen in das Konfliktgebiet Ukraine zu schicken, unverändert bleibe. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0d/4674714_0:0:3004:1691_1920x0_80_0_0_738f9d530174fcc047e007eb05ccd42d.jpg

16:08 (14:08) ria.ru: **Putin befahl, die strategischen Abschreckungskräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen**

Wladimir Putin befahl bei einem Treffen mit Verteidigungsminister Sergej Schoigu und dem Chef des Generalstabs Waleri Gerassimow, die Abschreckungskräfte der russischen Armee in eine besondere Dienstform zu versetzen.

„Die westlichen Länder gehen nicht nur im wirtschaftlichen Bereich unfreundlich gegen unser Land vor, ich meine jene Sanktionen, die jeder gut kennt, sondern die Spitzenbeamten der führenden Nato -Staaten machen auch aggressive Äußerungen gegen unser Land“, fügte das Staatsoberhaupt hinzu.

Wie es in der Erläuterung auf der Website des Verteidigungsministeriums heißt, sind die strategischen Streitkräfte „dazu bestimmt, Aggressionen gegen Russland und seine Verbündeten abzuwehren sowie den Angreifer zu besiegen (ihm eine Niederlage zuzufügen), auch in einem Krieg mit dem Einsatz von Atomwaffen.“

Am 21. Februar unterzeichnete Putin als Reaktion auf die Appelle der Volksrepubliken Donezk und Lugansk mit der Bitte um Anerkennung ihrer Souveränität die entsprechenden Dekrete und kündigte am 24. Februar den Beginn einer speziellen Militäroperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine an .

Das Staatsoberhaupt nannte sein Ziel den Schutz der Bewohner der DVR und LVR, die seit acht Jahren dem Völkermord ausgesetzt sind. Er betonte, dass Russland kein Nachbarland besetzen werde.

Der Präsident forderte das ukrainische Militär auf, kriminellen Befehlen nicht Folge zu leisten, die Waffen niederzulegen und nach Hause zu gehen. Laut Putin wird die gesamte Verantwortung für das Blutvergießen beim Gewissen des Kiewer Regimes liegen.

Das Verteidigungsministerium betonte, dass man keine zivilen Ziele auf dem Territorium der

Ukraine angreifen werde, sondern nur militärische Infrastruktur; die Zivilbevölkerung sei nicht in Gefahr.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/15/5463316_0:0:2741:1543_1920x0_80_0_0_f736b6154e0ca7d704ce121fd4ff17fb.jpg

16:21 (14:21) lug-info.com: **Die Situation in der Republik ist stabil, alle Dienste in der LVR arbeiten wie gewohnt – Pasetschnik**

Die Situation in der Republik ist stabil, alle Dienste funktionieren normal. Dies wurde vom Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik, im Programm des Fernsehsenders Kanal 1 bekannt gegeben.

„Die Situation in der Republik ist stabil, es gibt Benzin, alle Dienste – das Ministerium für Notsituationen, das Innenministerium, die Staatsanwaltschaft, die Medizin – arbeiten wie gewohnt. Heute hat die Republik Strom, Gas, Wärme, Wasser, Lebensmittel, Apotheken (arbeiten). Die Situation in der Republik ist derzeit stabil“, sagte er. ...



<https://storage.lug-info.com/cache/6/f/a4ef6c31-d5e1-40ea-a2c3-7d12402c5fc5.jpg/w700h474%7Cwm>

16:44 (14:44) ria.ru: **Das Verteidigungsministerium berichtete über den Einsatz von Phosphormunition durch die Streitkräfte der Ukraine**

Das Verteidigungsministerium berichtete über den Einsatz von Phosphormunition durch die

Streitkräfte der Ukraine in der Nähe des Flugplatzes Gostomel:

Ukrainische Einheiten setzen in der Nähe des Gostomel-Flugplatzes in den Vororten von Kiew massiv phosphorgefüllte Munition ein, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.

„Sie verwenden 122-Millimeter-Granaten für D-30-Haubitzen und Raketen für BM-21-Grad-Systeme, die noch von der Sowjetunion hergestellt wurden“, sagte er.

Der Vertreter des Verteidigungsministeriums betonte, dass der Einsatz solcher Munition durch das dritte Protokoll der UN-Konvention von 1980 über unmenschliche Waffen verboten sei.

15:01 snanews.de: **Falschmeldungen im Namen von russischem Medienunternehmen im Facebook verbreitet – Pressedienst**

Im sozialen Netzwerk Facebook werden im Namen der Agentur RIA Novosti, welche Teil des staatlichen russischen Medienunternehmens Rossiya Segodnya ist, falsche Nachrichten mit Aufrufen zum Widerstand gegen die Operation zur Entmilitarisierung der Ukraine verschickt. Das teilte der Pressedienst der Mediengruppe am Sonntag mit.

„Facebook erlaubt die Verbreitung von falschen Nachrichten, während es gegenüber russischen Medien, vor allem RIA Novosti, unbegründete Behauptungen über Falschinformationen zulässt. Wir halten sowohl die illegale Nutzung der Marke RIA Novosti als auch die Duldung solcher Handlungen durch die Verwaltung des sozialen Netzwerks für inakzeptabel. Unsere Anwälte prüfen die Möglichkeit rechtlicher Schritte“, hieß es in der Mitteilung.

Zuvor waren ähnliche Aufrufe im Namen anderer russischer Medien, insbesondere des Nachrichtensenders Rossiya 24, auf Facebook erschienen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5568854_0:14:3175:1800_1920x0_80_0_0_4c7e5ca8a72d88b079e28e533f479329.jpg

15:11 snanews.de: **Nach Medienzensur auf Facebook: Google setzt Monetarisierung für russische Staatsmedien aus**

Google hat die Monetarisierung für staatlich finanzierte Medien aus Russland auf seinen Plattformen und Apps, einschließlich YouTube, ausgesetzt. Darüber informierte die Nachrichtenagentur Reuters am Samstag.

Demnach untersagte Google dem russischen staatlichen Medienunternehmen, Geld für Werbung auf ihren Websites, Apps und YouTube-Videos zu erhalten. Dazu gehören mehrere russische Kanäle, wie etwa RT, die mit den jüngsten EU-Sanktionen in Verbindung stehen. Diese Medien würden auch nicht in der Lage sein, Anzeigen über Google Tools zu kaufen oder Anzeigen in Google-Diensten wie der Suche und Gmail zu schalten, hieß es. Als Grund werden „außergewöhnliche Umstände“ genannt.

„Wir beobachten aktiv die neuen Entwicklungen und werden gegebenenfalls weitere Schritte unternehmen“, zitiert die Agentur den Google-Sprecher Michael Aciman.

Am Samstag hatte das Unternehmen Meta, Eigentümer von Facebook, das Verbot von Werbung und Monetarisierung für russische Staatsmedien angekündigt. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/09/88282_0:65:3411:1983_1920x0_80_0_0_7152a2fb7d31544e0fb04433dcd31aee.jpg

18:06 (16:06) rusvesna.su: **Der Ort der Gespräche zwischen Russland und der Ukraine wurde geändert, Kiew erklärte den Sieg**

Das Treffen der Delegationen Russlands und der Ukraine findet ohne Vorbedingungen in Weißrussland statt, nicht in Gomel, sondern an der ukrainisch-weißrussischen Grenze, in der Nähe des Flusses Pripjat.

Eine solche Erklärung erschien auf der Seite der Verwaltung von Wladimir Selenskij.

„Wir haben vereinbart, dass sich die ukrainische Delegation mit den Russen ohne Vorbedingungen an der ukrainisch-belarussischen Grenze im Bereich des Flusses Pripjat treffen wird“, heißt es in der Erklärung.

Der belarussische Fernsehsender BelTA bestätigte diese Information und erklärte, dass „während der Durchfahrt der Delegationen der Verhandlungen keine Flüge von Flugzeugen und Hubschraubern stattfinden werden“.

Das ukrainische Außenministerium hat bereits den Sieg erklärt.

„Die Tatsache, dass die Russische Föderation bereit ist, ohne Vorbedingungen, Ultimaten und Forderungen zu verhandeln, ist bereits ein Sieg“, sagte Außenminister Dmitri Kuleba.

Nun ja. Sieg. Es bleibt nur noch einer Kapitulation zu zuzustimmen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/zelenskiy_ne_loh.jpg

16:16 snanews.de: **Chinesische Botschaft in Russland: „Vergessen Sie nie, wer die wahre Bedrohung für den Frieden ist“**

Angesichts der angespannten Situation um die Ukraine hat die chinesische Botschaft in Russland die USA als echte Bedrohung für den Frieden bezeichnet. Eine entsprechende Mitteilung erschien auf sozialen Netzwerken am Samstag.

„Vergessen Sie nie, wer die wahre Bedrohung für den Frieden ist“, teilte die chinesische Vertretung via Twitter mit. Dabei verwies sie auf einen Tweet des Sprechers des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, der dieselbe Botschaft früher mitgeteilt hatte und ihr eine Liste von US-amerikanischen Militäroperationen im Ausland beigefügt hatte. Die Liste enthält 33 Länder, die nach Pekings Angaben etwa ein Drittel der Weltbevölkerung ausmachen.

Abstimmung im UN-Sicherheitsrat

China hatte sich bei der Abstimmung zu der von der USA konzipierten Resolution des UN-Sicherheitsrates, die die Sonderoperation Russlands in der Ukraine verurteilte, am Freitag der Stimme enthalten. In einer begleitenden Erklärung hieß es, dass die legitimen Sicherheitsbestrebungen Russlands vor dem Hintergrund von fünf aufeinander folgenden Runden der Nato-Osterweiterung beachtet und angemessen berücksichtigt werden sollten. Die Ukraine sollte dabei zu einer Brücke zwischen Ost und West werden, nicht zu einem Vorposten der Konfrontation zwischen Großmächten.

„Wir sind der Meinung, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Länder gehen darf und dass die regionale Sicherheit nicht auf der Aufstockung oder gar Erweiterung von Militärblöcken beruhen sollte“, erklärte der Ständige Vertreter Chinas bei den Vereinten Nationen, Zhang Jun, in dem Schreiben. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5570496_0:184:2991:1866_1920x0_80_0_0_731d052bf0cf73040324b475656a3ec0.jpg

18:21 (16:21) novorosinform.org: **Die NATO weigerte sich nach Putins Ankündigung, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern – Insider**

Nach Angaben des ukrainischen Telegram-Kanals „Resident“ haben die NATO-Staaten ihre Entscheidung, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen, geändert.

Nach der Ankündigung des russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Versetzung der russischen Abschreckungskräfte in den Bereitschaftsmodus hat der NATO-Militärblock Pläne aufgegeben, die Ukraine mit schweren Waffen zu beliefern. Der ukrainische Telegram-Kanal „Resident“ schreibt darüber unter Berufung auf eine Quelle im Büro des Präsidenten der Ukraine.

„Unsere Quelle im Präsidialamt sagte, nachdem Russland angekündigt hat dass alle Truppen in Alarmbereitschaft seien, weigerte sich die NATO, schwere Waffen an uns zu liefern“, heißt es in dem Bericht.

Erinnern Sie sich daran, dass Wladimir Putin heute bei einem Treffen mit der obersten Militärführung des Landes die Versetzung der russischen Abschreckungskräfte in den Bereitschaftsmodus als Reaktion auf feindselige Äußerungen und Drohungen von NATO-Staaten angeordnet hat.

18:29 (16:29) rusvesna.su: **Russland benennt neue Ziele für gezielte Angriffe in der Ukraine**

Die Russische Föderation ist bereit, Fahrzeuge anzugreifen, die Waffen in die Ukraine liefern. Dies erklärte der Leiter der Kommission des Föderationsrates der Russischen Föderation zum Schutz der staatlichen Souveränität, Andrej Klimow, in einem Kommentar gegenüber RIA Novosti.

„Personen, die westliche Waffen für Kiew auf dem Territorium der Ukraine transportieren, können Ziele von Punktschlägen werden.

Solange beispielsweise ein Auto mit Militärfracht durch das Hoheitsgebiet eines Drittstaates fährt, ist dies dessen Sache.

Sobald es aber in die Ukraine kommt, führen wir die Entmilitarisierung aus. Sie bringen ja keine Äpfel.

Was denken Sie, sollten wir diese Lieferungen nicht verfolgen, oder was? Es ist ja nicht so, als würde jemand ein Taschenmesser in der Tasche tragen.“

19:30 (17:30) ria.ru: **Selenskij sagte, er glaube nicht sehr an ein Ergebnis des Treffens mit**

Russland

Wladimir Selenskij sagte, er „glaube nicht wirklich“ an ein Ergebnis des russisch-ukrainischen Treffens in Weißrussland.

Zuvor erklärte der russische Präsidentenberater Wladimir Medinski, die Ukraine habe Verhandlungen in der Region Gomel vereinbart, und eine russische Delegation sei dorthin gereist. Der Pressesprecher des Präsidenten Russlands, Dmitri Peskow, stellte fest, dass dem ein Telefongespräch zwischen dem Präsidenten von Belarus, Alexander Lukaschenko, und Selenskij vorausgegangen sei. Wie Sputnik Belarus berichtete, wird der Ort der Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine der Checkpoint Aleksandrowka-Wilscha sein.

„Um ehrlich zu sein, glaube ich wie immer nicht wirklich an das Ergebnis dieses Treffens, aber lassen Sie sie es versuchen, damit später kein einziger Bürger der Ukraine auch nur einen einzigen Zweifel daran hat, dass ich es als Präsident nicht versucht habe den Krieg zu beenden, als ich klein war, aber alles die gleiche Chance“, sagte Selenskij in einer Ansprache. Wolodymyr Selenskij glaubt, dass die Verhandlungen zwischen den Delegationen der Ukraine und Russlands eine "wenn auch kleine, aber eine Chance" zur Deeskalation sind.

„Damit später kein einziger Bürger der Ukraine auch nur einen einzigen Zweifel hegen kann, dass ich als Präsident nicht versucht hätte, den Krieg zu stoppen, als es eine kleine, aber doch noch eine Chance gab“, sagte Selenskij in seiner Videobotschaft.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/19/1775056954_0:0:3642:2048_1280x0_80_0_0_fd5a12cd58fb71c523559986ccdc9cdc.jpg

17:30 de.rt.com: **Nach Social-Media-Gerüchten zu US-Biolaboren: US-Botschaft in Ukraine löscht Dokumente**

Zusammen mit der Ukraine und "anderen Partnernationen" betreibt das US-Verteidigungsministerium in der Ukraine ein Forschungsprogramm zur Verringerung biologischer Bedrohungen. Auf der Website der US-Botschaft in der Ukraine war es noch bis Samstag möglich, Dokumente mit näheren Informationen zu den beteiligten Laboren zu erhalten. Jetzt wurden sie von der Website entfernt.

Seit ein paar Tagen halten sich auf Social-Media-Plattformen hartnäckig Gerüchte, das Eingreifen des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Ukraine sei auch auf die dort von den USA betriebenen Biolabore zur chemischen Kampfmittelherstellung zurückzuführen. Tatsächlich informiert die offizielle Vertretung der USA in der Ukraine auf ihrer Website zu einem seit 2016 vom US-Verteidigungsministerium betriebenen Forschungsprogramm auf ukrainischem Territorium, welches der Reduzierung biologischer Bedrohungen dienen soll.

Dazu heißt es auf der Website:

"Das Programm des US-Verteidigungsministeriums zur Verringerung biologischer

Bedrohungen arbeitet mit Partnerländern zusammen, um der Bedrohung durch (absichtliche, versehentliche oder natürliche) Ausbrüche der gefährlichsten Infektionskrankheiten der Welt entgegenzuwirken."

Demnach soll das Programm durch die "Entwicklung einer Kultur des Bio-Risikomanagements, durch internationale Forschungspartnerschaften und durch die Stärkung der Kapazitäten der Partnerländer im Bereich der biologischen Sicherheit und der Bio-Überwachung" eine biologische Bedrohung verringern.

Der US-Botschaftswebsite zufolge sind das ukrainische Gesundheitsministerium, der Staatliche Dienst der Ukraine für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, die Nationale Akademie für Agrarwissenschaften und das Verteidigungsministerium für die Umsetzung des Programms zur Verringerung biologischer Bedrohungen in der Ukraine zuständig.

So seien dem sanitär-epidemiologischen Dienst (SED) des Sanitätskommandos des ukrainischen Verteidigungsministeriums zur Corona-Reaktionsunterstützung vier mobile Laboratorien zur Verfügung gestellt worden, "um das System der epidemiologischen Überwachung in den ukrainischen Streitkräften zu stärken". Die Laboratorien sollen sich in den Regionen Kiew, Lwow und in der Ostukraine befinden. Zwei weitere, fest installierte Labore der Biosicherheitsstufe 2 sollen sich in der US-Botschaft in Kiew und Odessa befinden.

Neben den Informationen zu dem US-Bioforschungsprogramm war es Interessierten bis zum gestrigen Samstag möglich, von der Website der US-Botschaft in der Ukraine Informationsdokumente zu den einzelnen ukrainischen US-Laboratorien des gemeinsam betriebenen Forschungsprojektes herunterzuladen.

Jedoch wurde diese Funktion nun offenbar gesperrt. War es am Samstagmorgen noch möglich, auf der Website genauere Informationen zu den Laboratorien zu erhalten, so ließen sich die Dokumente über die angegebenen Verlinkungen ab Samstagabend nicht mehr einsehen. Angaben zu den Gründen für die Sperrung machte die US-Botschaft in der Ukraine indes nicht.

Die plötzliche und unkommentierte Sperrung des Informationszugangs führte am Samstag zu zahlreichen Reaktionen auf Twitter. So schrieb eine Twitter-Nutzerin auf der Plattform des Social-Media-Dienstes, "die US-Botschaft in der Ukraine hat gerade alle Dokumente über 11 vom Pentagon finanzierte Biolabore in der Ukraine von ihrer Website gelöscht" und ergänzte, dass sie jedoch alle Dokumente heruntergeladen und gespeichert habe:

"Ich habe alle diese Dokumente, die jetzt von der Botschaft gelöscht wurden."

Spekulationen, wonach die USA angeblich biologische und chemische Waffen nahe Russlands Grenzen, insbesondere in der Ukraine, herstellen sollen, gehen auf bereits im vergangenen Jahr erhobene Anschuldigungen Nikolai Patruschews, des Sekretärs des russischen Sicherheitsrates, zurück, der behauptete, die USA würden vor allem an den Grenzen zu Russland und China biologische Labore betreiben.

So antwortete dieser in einem Interview mit der russischen Zeitung Kommersant auf die Frage, ob China die Coronavirus-Pandemie absichtlich verursacht habe: "Ich schlage vor, dass Sie sich ansehen, wie immer mehr biologische Labore unter US-Kontrolle in der Welt entstehen, und zwar zufälligerweise vor allem an den Grenzen Russlands und Chinas." Zwar nannte Patruschew keine konkreten Länder, betonte jedoch:

"Die Amerikaner helfen den einheimischen Wissenschaftlern bei der Entwicklung neuer Methoden zur Bekämpfung gefährlicher Krankheiten."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621b75dbb480cc088a76dbf4.jpg>

19:30 (17:30) rusvesna.su: **Ein ukrainischer Abgeordneter gab eine unerwartete Erklärung ab**

Der Abgeordnete der Ukraine Wadim Nowinskij sprach über die Situation im Land.

„Die Kämpfe in der Ukraine gehen weiter. Kiew, Charkow, Cherson, Nikolaew, Tschernigow, Mariupol wurden zum Schauplatz schwerer Zusammenstöße, Dutzende und Hunderte von Menschen sterben, darunter Zivilisten.

Als Abgeordneter von Mariupol erhalte ich schlimme Informationen aus meinem Wahlkreis. Seit zwei Tagen dauern blutige Kämpfe im Dorf Sartana bei Mariupol an, bei denen Berichten zufolge sechs Menschen getötet wurden.

Was jetzt auf dem Territorium der Ukraine passiert, ist eine echte Tragödie nicht nur für das ukrainische und russische Volk, sondern für die gesamte orthodoxe Welt. Der Teufel hat es geschafft, Menschen, die durch einen einzigen Glauben, eine einzige Geschichte, eine einzige Kultur verbunden sind, zu zwingen, sich gegenseitig als Feind zu sehen.

Dieser Krieg muss sofort beendet werden.

Ich fordere die Präsidenten der Ukraine und der Russischen Föderation auf, Friedensverhandlungen aufzunehmen und dabei das Schicksal der einfachen Ukrainer, Russen, Griechen, Tataren, Juden und Vertreter anderer Völker im Auge zu behalten. Der Bruderkrieg muss enden!

Ewige Erinnerung an die Toten! Mein aufrichtiges Beileid an ihre Familien und Freunde.

Wir werden den Familien der in Sartan Verstorbenen die notwendige Hilfe leisten“, schrieb er in seinem Telegram-Kanal.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_novinskiy.jpg

19:46 (17:46) ria.ru: Das Verteidigungsministerium meldete die Zerstörung von 1067 Militärischen Objekten der Ukraine

Während der speziellen Militäroperation hat das russische Militär 1.067 militärische Infrastruktureinrichtungen in der Ukraine getroffen, darunter 27 Kommandoposten und Kommunikationszentren und 38 Flugabwehr-Raketensysteme, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Sonntag. „Seit Beginn der militärischen Sonderoperation haben die russischen Streitkräfte 1.067 militärische Infrastruktureinrichtungen in der Ukraine getroffen“, sagte Konaschenkow. Er erklärte, dass dies 27 Kommandoposten und Kommunikationszentren der Streitkräfte der Ukraine sowie 38 Flugabwehrraketensysteme der Luftverteidigung - S-300, Buk M-1 und Osa - sowie 56 Radarstationen beinhalte.

Konaschenkow erklärte, dass am 27. Februar 7 Flugabwehr-Raketensysteme zerstört wurden, darunter ein S-300 in der Nähe der Stadt Kramatorsk. 3 Angriffsdrohnen "Bayraktar TB-2" wurden in den Vororten von Tschernigow abgeschossen.

„Außerdem wurden seit Beginn der Operation 254 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 31 Flugzeuge am Boden, 46 Mehrfachraketenwerfer, 103 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 164 Einheiten von Spezialmilitärfahrzeugen zerstört“, so der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/19/1774993111_0:320:3071:2047_600x0_80_0_0_265a5ce669e331ccfab1c389122ae37a.jpg

17:55 de.rt.com: **Ursula von der Leyen: EU will RT, Sputnik und ihre Tochtergesellschaften verbieten**

Ursula von der Leyen will "toxische und schädliche Desinformation" verhindern. EU-Außensprecher Borrell will "der russischen Informationsmanipulation den Hahn zudrehen." RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan erwidert: "das zeigt, was die gepriesene Demokratie der EU wert ist."

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkündete per Twitter die Absicht, RT, Sputnik und sämtliche Tochtergesellschaften in der EU zu verbieten.

"Wir werden die Medienmaschine des Kreml in der EU verbieten.

Die staatseigenen Russia Today und Sputnik und ihre Tochtergesellschaften werden nicht länger ihre Lügen zur Rechtfertigung von Putins Krieg verbreiten können.

Wir arbeiten an Werkzeugen, um ihre toxische und schädliche Desinformation in Europa zu verbieten."

In weiteren Tweets verkündete sie eine vollständige Sperrung des EU-Luftraums für russische Flugzeuge, einschließlich privater, sowie ein weiteres Sanktionspaket gegen Weißrussland.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sekundierte ihr:

"Heute unternehmen wir einen entscheidenden Schritt, um der russischen Informationsmanipulation den Hahn zuzudrehen."

Die Chefredakteurin von RT, Margarita Simonjan, erwiderte darauf inzwischen:

"Im Hinblick auf das Verbot der Ausstrahlung von RT und Sputnik in der EU erkläre ich offiziell, dass keine einzige Person, die in irgendeinem Land treu für uns gearbeitet hat und weiterhin arbeitet, entlassen werden wird. Wir wissen, wie wir unser Geschäft angesichts von Verboten betreiben können. Darauf haben uns diese Freiheitsliebenden acht Jahre lang vorbereitet."

Wenige Stunden zuvor hatten Youtube und Google verkündet, gegen RT vorzugehen. Die österreichische Tochter der deutschen Telekom, Magenta TV, entfernte den britischen Sender von RT aus ihrem Angebot. Telegram kündigte die Einschränkung von Kanälen in Russland und der Ukraine an. Auf die Proteste von Nutzern erfolgte aber folgende Erklärung:

"Zahlreiche Nutzer haben uns gebeten, nicht zu erwägen, die Telegram-Feeds für die Dauer des Konflikts abzuschalten, da wir ihre einzige Informationsquelle sind.

Aufgrund dieser Anträge haben wir beschlossen, solche Maßnahmen nicht in Betracht zu ziehen. Ich möchte Sie jedoch nochmals bitten, die Daten, die in dieser schwierigen Zeit in den Telegram-Kanälen veröffentlicht werden, zu überprüfen und nicht als selbstverständlich anzusehen."

Inzwischen hat sich Margarita Simonjan, Chefredakteurin von RT, noch einmal ausführlicher geäußert:

"Der Traum des liberalen Europa ist wahr geworden. Es hat lange gedauert, sich RT anzunähern - sowohl durch den Versuch, es durch OFCom in Großbritannien zu kontrollieren und einzuschränken, als auch durch die Verleumdung in Frankreich, durch die Anschuldigung von Lügen und Desinformation während der Wahlen und durch die Einmischung in den neuen deutschsprachigen Kanal.

Sie haben die ganze Zeit überlegt, welche Ausrede sie sich einfallen lassen könnten, um einen unbequemen Konkurrenten mit einem riesigen Publikum und Millionen von Zuschauern ein für alle Mal loszuwerden.

Denn in der Vergangenheit wäre es unbequem gewesen - Kritiker hätten gesagt, sie würden die Redefreiheit unterdrücken. Jetzt ist es die perfekte Ausrede.

Mit dem erklärten Ziel, die Militäroperation in der Ukraine zu stoppen, hat diese Entscheidung zu RT NICHTS zu tun. Oder glauben sie, dass Putin, wenn RT nicht auf

Englisch, Französisch oder Spanisch ausgestrahlt wird, seine Meinung über die Rettung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine oder die Verhinderung der Ausdehnung der NATO ändern wird?

Danke natürlich für das hohe Lob unseres geopolitischen Potenzials, nur zeigt eine solche Entscheidung der EU, wer was wert ist, und vor allem, was die gepriesene europäische Demokratie wert ist. Wenn sie gegen den Krieg wären, würden sie gar nicht erst Waffen in die Ukraine pumpen, anstatt RT und Sputnik zu verbieten."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621bbf6e48fbef6797702c46.jpg>

17:56 snanews.de: **„Wir kapitulieren nicht“: Ukrainisches Außenministerium zu Verhandlungen mit Russland**

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba hat sich am Sonntag zu den anstehenden Verhandlungen mit Russland mitten in der militärischen Operation in der Ukraine geäußert und dabei den Frieden als deren Ergebnis nicht ausgeschlossen.

„An Verhandlungen an sich ist nichts auszusetzen. Und wenn das Ergebnis dieser Verhandlungen Frieden und das Ende des Krieges sein wird, sollte dies begrüßt werden. Aber wir – das möchte ich klarstellen – wir werden nicht aufgeben. Wir kapitulieren nicht. Wir werden keinen Zentimeter Territorium aufgeben. Das ist nicht das Ziel unseres Kampfes“, sagte Kuleba, dessen Rede auf dem YouTube-Kanal des ukrainischen Außenministeriums ausgestrahlt wurde

Ihm zufolge beabsichtigt die ukrainische Seite bei den Gesprächen, die Position Russlands „anzuhören“ und „ihre Meinung über diesen Krieg und das Vorgehen Russlands zum Ausdruck zu bringen“.

Zuvor teilte der russische Präsidentenberater Wladimir Medinski mit, die Ukraine habe Verhandlungen in der belarussischen Region Gomel vereinbart, und eine russische Delegation sei dorthin gereist. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gab an, dass dem ein Telefongespräch zwischen dem Präsidenten von Belarus, Alexander Lukaschenko, und dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenski vorausgegangen sei. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1b/5571562_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_b327ad24d769a5a038023a9d7abbe23a.jpg

abends:

20:06 (18:06) rusvesna.su: **Wir werden alle finden: Das russische Verteidigungsministerium verspricht, Nazis zu bestrafen, die sich über Kriegsgefangene lustig machen**

Das russische Verteidigungsministerium meldete Verluste während einer Spezialoperation in der Ukraine und versprach auch, alle ukrainischen Nazis zu bestrafen, die an der Misshandlung gefangener russischer Soldaten beteiligt waren.

„Russisches Militärpersonal zeigt Mut und Heldentum bei der Durchführung von Kampfeinsätzen einer speziellen Militäroperation.

Leider gibt es Tote und Verwundete unter unseren Kameraden.

Aber unsere Verluste sind um ein Vielfaches geringer als die der zerstörten Nationalisten und die Verluste unter dem Militärpersonal der ukrainischen Streitkräfte.

Was die ukrainischen Kriegsgefangenen betrifft, so werden wir alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die ihre Waffen niedergelegt haben, weiterhin mit Würde behandeln.

Wir verstehen, dass sie dem Volk der Ukraine einen Eid geleistet haben. Alle, die ihre Waffen niedergelegt und den Widerstand eingestellt haben, werden zu ihren Familien zurückgebracht. Aber wir wissen, wie die ukrainischen Nazis die wenigen gefangenen russischen Soldaten behandeln.

Und wir sehen, dass die Misshandlungen und Folterungen die gleichen sind wie die der deutschen Nazis und ihrer Handlanger-Polizisten im Großen Vaterländischen Krieg.

Ich möchte betonen: Alle Gesichter, Stimmen, Telefonnummern, ihre Koordinaten, IP-Adressen sowie die Korrespondenz aller ukrainischen Nazis, die an der Misshandlung unserer Kameraden beteiligt waren, werden aufgezeichnet und identifiziert.

Dies gilt auch für die Führer des Kiewer Regimes und ihre Vollstrecker, die unter Verstoß gegen die Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen direkt zur Einschüchterung russischer Militärangehöriger aufrufen.

Sie alle werden gefunden werden und unweigerlich streng zur Verantwortung gezogen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_i_plennye_u_avtobusa.jpg

18:09 snanews.de: **Nordkorea nimmt Waffentests wieder auf: Ballistische Rakete Richtung Japanisches Meer abgefeuert**

Nordkorea hat am Sonntag seine Waffentests wieder aufgenommen, indem es eine ballistische Rakete in Richtung Japanisches Meer abgefeuert hat. Darüber informiert die Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf den südkoreanischen Generalstab (JCS). Demnach registrierte der JCS den Start der Rakete um 07.52 Uhr (Ortszeit) in der Nähe des Sunan-Flughafens in Pjöngjang. Der Flugkörper flog etwa 300 Kilometer weit. Der Start, der erste seit knapp einem Monat, erfolgte zehn Tage vor den Präsidentschaftswahlen in Südkorea.

„Unser Militär verfolgt und überwacht die entsprechenden (nordkoreanischen) Bewegungen und hält sich in Bereitschaft“, lautet die JCS-Mitteilung.

Der japanische Verteidigungsminister Nobuo Kishi kritisierte den Start der Rakete, die außerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone Japans landete. Nordkorea bedrohe die Sicherheit von Japan, der Region und der internationalen Gemeinschaft, zitiert ihn die Nachrichtenagentur Reuters.

Auch die USA verurteilten den Start und forderten Nordkorea auf, destabilisierende Handlungen einzustellen. Der Test stelle aber keine unmittelbare Bedrohung dar, so das US-militärische Indo-Pazifik-Kommando.

Nordkorea hat im Januar sieben Raketentests durchgeführt, eine Rekordzahl monatlicher Waffentests seit Ende 2011, berichtet die Nachrichtenagentur AP. Nach dem Beginn der Olympischen Winterspiele in China, seinem letzten wichtigen Verbündeten und wirtschaftlichen Partner, stellte Pjöngjang Anfang Februar aber seine Testaktivitäten ein. Alle Aktivitäten im Bereich der ballistischen Raketen sind Nordkorea im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats untersagt. Laut einigen Experten strebt Pjöngjang durch die weitere Entwicklung seiner Waffentechnologie dazu, die USA zu Zugeständnissen wie einer Lockerung der Sanktionen zu bewegen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1e/5179490_0:136:3071:1863_1920x0_80_0_0_e5286c3330e18d9c8c434f651fe73ce0.jpg

20:10 (18:10) armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 27.2.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **23-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern **eröffnet**. Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Ein Zivilist wurde verletzt**. Es wurden 11 Wohnhäuser und 7 Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt.

Die Materialien zu Verletzung und Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.

Die politische Führung der Ukraine unternimmt weiter Maßnahmen, die gegen die eigenen Bürger gerichtet sind. Neben der Ausgabe von Waffen an alle, die das wollen, werden auf Befehl Selenskijs **in der ganzen Ukraine aus Gefängnissen Verbrecher entlassen**, die wegen Mord, Raubüberfall und anderem antisozialem Verhalten inhaftiert sind. Die Bürger werden unter keinen Bedingungen gegen eine reguläre Armee kämpfen. **Nach Angaben unserer Aufklärung wurden in Kiew eine Stunde später die entlassenen Verbrecher bewaffnet, sie ziehen auf der Suche nach Gewinn durch die Stadt.**

Bestätigungen dieser Sachverhalte können Sie leicht in den sozialen Netzwerken sehen, die mit Bildern über Gewalt an friedlichen Einwohnern durch die Banditen gefüllt sind. Wir wenden uns an die Bürger der Ukraine, seien Sie äußerst vorsichtig, vermeiden Sie den Kontakt mit den Banden Selenskijs. Falls Sie in die Konfliktzone geraten, bleiben Sie in Ihren Häusern, nähern Sie sich nicht den Fenstern, suchen Sie im Fall einer Verschärfung der Lage Schutz im Keller oder gehen Sie in einen Schutzraum. Ich unterstreiche: **Die ukrainischen Kämpfer haben die Aufgabe, der Zivilbevölkerung maximalen Schaden zuzufügen.**

Heute tagsüber haben abziehende Nationalisten von „Asow“ Sartana mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ beschossen.

Zum Stand am 27. Februar 2022 haben die **Einheiten der Volksmiliz 17 Ortschaften befreit**, die sich zuvor unter Kontrolle der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte befunden haben:

Pawlopol, Pischtschewik, Wiktorowka, Bogdanowka, Nowognatowka, Nikolajewka, Rybinskoje, Trudowskoje, Wassiljewka, Prochorowka, Starognatowka, Swobodnoje, Donskoje, Anadol, Andrejewka, Gnutowo und Granitnoje.

Die Volksmiliz der DVR geht weiter siegreich voran und befreit das Territorium der Donezker Oblast von den ukrainischen Besatzern. Unter Kontrolle der Einheiten der Volksmiliz sind die Ortschaften **Dmitrowka, Swobodnoe, Donskoje und Anadol** gekommen.

Unsere Verteidiger unternehmen alle notwendigen Maßnahmen, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten und ihr zu helfen.

Ich wende mich an die ukrainischen Soldaten! Bleiben Sie Menschen! Noch können Sie Ihr Leben retten und zu Ihren Familien zurückkehren, wenn Sie freiwillig von der Ausführung der verbrecherischen Befehle Ihrer Kommandeure und von der Beteiligung an Kampfhandlungen Abstand nehmen.

20:14 (18:14) ria.ru: **Sputnik reagierte auf den Verbotsbeschluss in der Europäischen Union**

Die Agentur Sputnik reagierte auf die Ankündigung der Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die die Entscheidung verkündete, Websites und Radios der Agentur Sputnik und des Fernsehsenders RT in der Europäischen Union zu verbieten, und schlug vor, die Sanktionen auf das gesamte Internet auszudehnen.

Am Sonntag hatte von der Leyen erklärt, die Europäische Kommission werde ein Verbot staatlicher russischer Medienunternehmen in der EU verhängen, zu denen ihrer Meinung nach RT, Sputnik und deren Tochterunternehmen gehören würden. Die EU-Kommission entwickle dafür die notwendigen Instrumente, fügte die EK-Chefin hinzu.

"Wir schlagen der Europäischen Union vor, nicht bei halben Sachen zu bleiben, sondern das gesamte Internet sofort zu verbieten", teilte der Pressedienst von Sputnik mit.



https://cdn21.img.ria.ru/images/156254/48/1562544824_0:142:3137:1907_1280x0_80_0_0_b10d14991f341d17904fa4c9f4884798.jpg

18:51 snanews.de: **Litauische Premierministerin fordert Swift-Ausschluss von Weißrussland**

Die litauische Premierministerin Ingrida Šimonytė hat sich am Sonntag für einen Ausschluss belarussischer Finanzinstitute aus dem Banken-Kommunikationsnetzwerk Swift ausgesprochen.

„Litauens Position, die auf allen Ebenen geäußert wurde, war immer, dass wir die umfassendsten Sanktionen befürworten, um Organisationen von Swift zu trennen, denn es sind Finanzorganisationen, die Teil von Swift sind, und nicht Staaten (...) Diese Sanktionen

sollten auch belarussische Finanzorganisationen vollständig einbeziehen“, sagte Šimonytė auf einer Pressekonferenz.

Westliche Länder hatten bereits früher am Tag den Swift-Ausschluss von Russland wegen seiner Militäroperation in der Ukraine beschlossen. Betroffen seien alle russischen Banken, die bereits von der internationalen Gemeinschaft sanktioniert seien. Aber auch weitere Banken könnten hinzukommen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/1b/5572176_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_e4998005f06b621d91e59f25320d6ccb.jpg

19:13 snanews.de: **Meerengen-Durchfahrt: Türkei wird Bestimmungen des Montreux-Abkommens umsetzen – Außenminister**

Die Türkei wird alle Bestimmungen des Montreux-Übereinkommens zur Durchfahrt durch die Meerengen Bosphorus und Dardanellen entsprechend der aktuellen Situation um die Ukraine einhalten. Das hat der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu am Sonntag gegenüber der Nachrichtenagentur Anadolu mitgeteilt.

Die Entwicklungen in der Ukraine stellen einen „Krieg“ dar, sagte Cavusoglu. Die Türkei werde unter den Umständen entsprechend handeln, und alle Vorschriften des Montreux-Übereinkommens „in transparenter Weise umsetzen“.

Gemäß dem Meerengen-Abkommen von 1936 gewährt die Türkei sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten die freie Durchfahrt für Handelsschiffe durch die Meerenge, doch die Regelungen sind unterschiedlich. Das Dokument beschränkt den Aufenthalt von Kriegsschiffen, die nicht aus dem Schwarzen Meer stammen, auf einen Zeitraum von drei Wochen. In Notfällen hat die Türkei das Recht, die militärische Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen zu verbieten oder zu beschränken.

Am Samstag hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan via Twitter dafür gedankt, dass die Türkei die Durchfahrt durch die Meerengen Bosphorus und Dardanellen für russische Kriegsschiffe gesperrt hätte. Bisher gab es keine offiziellen Bestätigungen dieser Sperre seitens Ankaras durch gängige diplomatische Kanäle. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/1b/5572320_0:0:3049:1716_1920x0_80_0_0_39b0ddc55702df993ae0f585e1ca059.jpg

21:20 (19:20) novorosinform: **Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine berichtete Selenskij über die Gefahr, sieben Regionen zu verlieren - ein Insider**

Laut Telegram-Kanal „Resident“ spricht die militärische Führung der Ukraine über die Sinnlosigkeit eines langen Krieges.

Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine berichtete Präsident Wladimir Selenskij über die Gefahr, sieben Regionen des Landes zu verlieren. Dies wurde unter Berufung auf eine Quelle im Präsidialamt vom Telegram-Kanal „Resident“ gemeldet.

Dem Bericht zufolge hält das Kommando der ukrainischen Armee einen langen Stellungskrieg für aussichtslos.

„Wenn Russland die Taktik ändert und das Land nach Regionen einnimmt, ohne in große Städte einzudringen, dann werden wir in ein paar Wochen sieben Regionen verlieren“, schreibt „Resident“.

21:59 (19:59) rusvesna.su: **Klitschko: Kiew ist umzingelt und steht am Rande der Katastrophe**

Der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, sagte, die ukrainische Hauptstadt sei umzingelt, als er von Associated Press gefragt wurde, ob die Behörden die Bürger evakuieren würden.

„Das können wir nicht, alle Ausgänge sind gesperrt. Im Moment sind wir umzingelt“, sagte Klitschko.

Er fügte hinzu, dass Kiew "am Rande einer humanitären Katastrophe" stehe:

„Im Moment haben wir Strom, haben wir Wasser und Heizung in unseren Häusern. Aber die Infrastruktur für die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten wurde zerstört.“



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/kyiv_101.jpg

22:03 (20:03) ria.ru: **Kiew erklärte, die Gespräche mit Moskau würden erst in ein paar Stunden beginnen**

In Kiew heißt es, dass die Verhandlungen mit der Russischen Föderation erst in einigen Stunden beginnen werden, während Informationen darüber von russischer Seite noch nicht bestätigt wurden.

Zuvor sagte der russische Präsidentenberater Wladimir Medinski, die Ukraine habe Verhandlungen in der Region Gomel vereinbart, und eine russische Delegation sei dorthin gereist. Der Pressesprecher des Präsidenten Russlands, Dmitri Peskow, stellte fest, dass dem ein Telefongespräch zwischen dem Präsidenten von Belarus, Alexander Lukaschenko, und Wladimir Selenskij vorausgegangen sei. Später berichtete Sputnik Belarus, dass der Ort der Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine der Checkpoint Aleksandrowka-Wiltscha sein würde.

Laut dem Portal nv.ua sagte Selenskij's Pressesprecher Sergej Nikiforow, dass die Verhandlungen mit der Russischen Föderation wegen sehr schwieriger Logistik- und Sicherheitsmaßnahmen für die ukrainische Delegation erst in mehreren Stunden beginnen würden. Ihm zufolge werde an den Gesprächen eine Vorausdelegation teilnehmen, die die Bedingungen für den Verlauf weiterer Verhandlungen festlegen soll. Er stellte fest, dass das Thema Frieden auf der Tagesordnung stehe.

CNN wiederum berichtet unter Berufung auf den stellvertretenden Innenminister der Ukraine, Jewgeni Enin, dass die Gespräche am Montagmorgen Ortszeit stattfinden werden. Kiews Informationen wurden von russischer Seite noch nicht bestätigt.

Zuvor, wie ukrainische Medien berichteten, behauptete Selenskij's Vertreter im Verfassungsgericht Fjodor Wenislawskij, dass die Verhandlungen zwischen den Delegationen der Russischen Föderation und der Ukraine bereits begonnen hätten. Die russische Seite dementierte jedoch Berichte über den Beginn von Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Belarus.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/1b/1775412869_257:461:3078:2048_1280x0_80_0_0_2f41d9fda02ec5d603f5ad674d27c7f2.jpg

22:10 (20:10) ria.ru: **Die ukrainische Delegation hat den Ort der Verhandlungen nicht erreicht, teilte Weißrussland mit**

Politikwissenschaftler Woskresenskij: Die ukrainische Delegation hat den Ort der Verhandlungen in Belarus nicht erreicht. Die Kiewer Delegation bei den Verhandlungen mit Russland in Weißrussland wird klein sein, höchstens 5 Personen.